



# REGLEMENT DES SOZIALFONDS

---

Stand: 30.09.2010; 1. Fassung vom 19.9.1996; letzte Fassung vom 23. März 2009

## A. Allgemeine Bestimmungen

### Art. 1

Zweck

Der Fonds dient dazu, ausserordentliche soziale Unternehmungen der StudentInnenschaft der Universität Bern zu finanzieren. Dies sind insbesondere Aufwendungen für studentische Wohnungen und Zimmer, Einrichtung weiterer Dienstleistungsangebote bei der SUB, das Überbrücken der Lücken im staatlichen Darlehens- und Stipendienwesen und das Überbrücken von finanziellen Notsituationen von Mitgliedern der StudentInnenschaft, vorangemeldeten Mitgliedern der StudentInnenschaft, Mobilitätsstudierenden der Universität Bern und doktorierenden Mitgliedern der MVUB.

### Art. 2

Finanzielle Zusammensetzung des Fonds

<sup>1</sup> Das Vermögen des Fonds setzt sich aus den Geldern des ehemaligen Fonds für notleidende Studierende, der ehemaligen Stipendienkasse der Universität Bern, den jährlichen Beiträgen der Sozialkasse und des Zürcher Frauenvereins sowie den Geldern, die im Wintersemester 69/70 von den Studierenden für soziale Zwecke eingezogen worden sind, und weiteren Einnahmen zusammen.

<sup>2</sup> Einnahmequellen sind Kapitalerträge, Spenden und vom StudentInnenrat zu bestimmende Gelder.

## B. Organisation

### Art. 3

StudentInnenrat

<sup>1</sup> Der StudentInnenrat entscheidet über Ausgaben betreffend der Zweckverwendungen. Ausgenommen hiervon sind die Darlehen und die Stipendien.

<sup>2</sup> Der StudentInnenrat wählt alljährlich die Mitglieder der Sozialfondskommission und verabschiedet den Geschäftsbericht der Sozialfondskommission.

### Art. 4

Sozialfondskommission

<sup>1</sup> Über die Verwendung der Gelder für Darlehen oder Stipendien entscheidet die vom SR eingesetzte Kommission. Diese Kommission setzt sich aus drei Mitgliedern des SRs, ei-

nem doktorierenden Mitglied der MVUB und zwei Mitgliedern des SUB Vorstands sowie des/der RechtsberaterIn als BeisitzerIn zusammen.

<sup>2</sup> Die Kommission entscheidet über die Anträge der anspruchsberechtigten Studierenden betreffend Stipendien und Darlehen. Die Kommission kann die Beiträge kürzen.

<sup>3</sup> Die Hilfskraft darf nicht mitentscheiden, jedoch mit ihrem Wissen zum Entscheidungsfindungsprozess beitragen.

#### **Art. 5**

Sitzung der Kommission

1 Der/Die GeschäftsführerIn ist der/die Vorsitzende der Kommission.

2 Ist der/die GeschäftsführerIn verhindert, wird ein/e TagesvorsitzendeR bestimmt.

3 Die Kommission tagt mindestens einmal pro Semester.

4 Bei Bedarf lädt der/die Geschäftsführer/in die Kommission unter Beachtung einer Einberufungsfrist von 10 Tagen zur Beratung aktueller Gesuche ein.

5 Die Kommission ist beschlussfähig, wenn mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder, wovon mindestens eine Person Mitglied des SUB-Vorstandes sein muss, anwesend sind. Der/die BeisitzerIn hat kein Stimmrecht.

6 Die Kommission entscheidet abschliessend und mit einfacher Mehrheit der Stimmen. Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

7 Bei Stimmgleichheit fällt die/der GeschäftsführerIn oder Tagesvorsitzende den Stimmentscheid.

#### **Art. 6**

Die/Der GeschäftsführerIn

1 Die/Der GeschäftsführerIn ist das Mitglied des SUB-Vorstandes, welches das Ressort Soziales innehat. Falls das Ressort nicht besetzt ist, wird dieses Amt von einem anderen Mitglied des Vorstandes der SUB bekleidet.

2 Der Aufgabenbereich umfasst die ganze administrative Tätigkeit des Sozialfonds.

Namentlich darunter fallen:

- a) das Einberufen der Sitzungen
- b) das Einfordern fehlender Unterlagen
- c) das Protokollführen während der Sitzung
- d) die Korrespondenz mit der/dem AntragstellerIn
- e) das Ausarbeiten des Darlehensvertrages und der Rückzahlungsmodalitäten
- f) das im Auge behalten der finanziellen Situation der Kommission
- g) das Verfassen des Geschäftsberichtes
- h) das Ausarbeiten der Rückzahlungsplanes

<sup>3</sup> Der/Die GeschäftsführerIn kann für administrative Belange bei Genehmigung durch die Sozialfondskommission eine Hilfskraft beiziehen.

<sup>4</sup> Sämtliche Kosten für solch eine Hilfskraft werden aus den Mitteln des Sozialfonds bezahlt.

## **C. Verfahren**

### **Art. 7**

Beiträge

<sup>1</sup> Die Kommission kann nach Bedarf Beiträge in maximaler Höhe von Fr. 5'000.- als Darlehen oder als Stipendien gewähren.

<sup>2</sup> Die Kumulation von Darlehen und Stipendien ist nur bis zu einem Gesamtbetrag von Fr. 5000.– zulässig.

<sup>3</sup> In Notfällen kann die Sozialfondskommission die Betragslimite überschreiten.

<sup>4</sup> Der/die GeschäftsführerIn erarbeitet mit der/dem GesuchstellerIn einen Plan für die Rückzahlung des Darlehens und legt diesen dann der Kommission vor.

<sup>5</sup> Für die Vergabe von Darlehen und Stipendien muss ein Reglement erlassen werden.

### **Art. 8**

Anspruch

<sup>1</sup> Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung von Darlehen oder Stipendien.

<sup>2</sup> Die Aufwendungen kommen ausschliesslich Mitgliedern oder vorangemeldeten Mitgliedern der StudentInnenschaft der Universität Bern, doktorierenden Mitgliedern der MVUB und den Mobilitätsstudierenden der Universität Bern zu Gute.

<sup>3</sup> Alternative Finanzierungsmöglichkeiten müssen vorgängig ausgeschöpft werden. In Ausnahmefällen kann davon abgewichen werden.

<sup>4</sup> Der/die GesuchstellerInnen für Darlehen oder Stipendien haben sich über ihre finanziellen und persönlichen Verhältnisse auszuweisen und haben dazu die nötigen Unterlagen bereitzustellen.

### **Art. 9**

Einreichung des Gesuches

Das Gesuch ist mit den notwendigen Unterlagen beim/bei der GeschäftsführerIn einzureichen. Der/Die GeschäftsführerIn setzt allenfalls die Frist für die Nachreichung fehlender Dokumente.

### **Art. 10**

Notwendige Unterlagen

Dem Gesuch für einen Beitrag aus dem Sozialfonds sind folgende Unterlagen beizulegen:

a) ausgefülltes Antragsformular oder gleichwertige Dokumentation von persönlicher Situation, Nebenerwerb, Studienstand, voraussichtlichem Abschlusstermin und Nachweis der Bemühungen um finanzielle Unterstützung aus anderen Quellen und deren Antwort.

- b) Budgetblatt
- c) Finanzblatt zur momentanen Situation
- d) Kurzbericht zur Entstehung der Notlage
- e) Steuerausweise der/des AntragstellerIn
- f) Immatrikulationsbestätigung
- g) Nachweis der SUB– bzw. MVUB-Mitgliedschaft oder die Rechnung für die Studien- und Semestergebühr und für den SUB- bzw. MVUB-Mitgliedschaftsbeitrag. MVUB-Mitglieder müssen zudem beweisen, dass sie DoktorandInnen sind.

#### **Art. 11**

Persönlichkeitsschutz  
der/des GesuchstellerIn

<sup>1</sup> Die Gesuche werden vertraulich behandelt.

<sup>2</sup> Alle Unterlagen werden so aufbewahrt, dass Unbefugte keinen Zugriff darauf haben können.

<sup>3</sup> Für Rechnungslegung und Geschäftsbericht werden die Daten anonymisiert.

#### **Art. 12**

Anwesenheit bei Verhandlungen

Die GesuchstellerInnen und DarlehensnehmerInnen/StipendiatInnen können zu den Verhandlungen beigelegt werden oder auf eigenen Wunsch ihre Anliegen persönlich vortragen.

#### **Art. 13**

Mitteilung an die/den  
GesuchstellerIn

Der Entscheid ist der/dem GesuchstellerIn in jedem Fall schriftlich zu eröffnen. Falls nicht die beantragte Summe gesprochen oder der Antrag vollumfänglich abgewiesen wird, ist der Entscheid zu begründen.

#### **Art. 14**

Rückforderung

Die Beiträge sind mit Zins zurückzuerstatten, wenn die/der GesuchstellerIn Beiträge durch unwahre Angaben oder Verheimlichung von Tatsachen erwirkt haben oder sie nicht zu den genannten Zwecken verwendet werden.

#### **Art. 15**

Rekurs

Der/die GesuchstellerIn kann den Entscheid der Sozialfondskommission innert 30 Tagen bei der Rekurskommission der SUB anfechten.

## **D. Schlussbestimmungen**

### **Art. 16**

Auflösung

Über die Auflösung des Fonds entscheidet eine Zweidrittelmehrheit des StudentInnenrates.

### **Art. 17**

Zweckverbundenheit  
des Vermögens

Das Vermögen des Sozialfonds bleibt auch nach der Auflösung des Fonds dem in diesem Reglement festgesetzten Zweck verbunden.

### **Art. 18**

Rechnungsprüfung

Die Jahresrechnung wird durch die Rechnungsrevision geprüft und vom SR genehmigt.

### **Art. 19**

Vetorecht der Unilei-  
tung

Die Unileitung hat während einem Monat das Recht, gegen dieses Reglement das Veto einzureichen. Ihr Entscheid kann an die Erziehungsdirektion des Kantons Bern weitergezogen werden.

Vom StudentInnenrat der Universität Bern so genehmigt am 30. September 2010.